

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Belegspalten für Anzeigen aus Aus- und Umgebungs- und Goldspalten, sowie weitere Anzeigen 20 Goldspalten, Restspalten 10 Goldspalten, sämtliche Zeilen 20 Goldspalten.

Belegungen nehmen die Kunden und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 89

Freitag, den 17. April 1925

20. Jahrgang

Kabinett Painlevé.

Briand lehnt die Bedingungen der Sozialisten ab. — Das neue Kabinett.

Paris, 15. April. Im Laufe einer Beratung mit Mitgliedern der sozialistisch-radikalen Fraktion, der er angehört, erklärte Briand, daß er die Bedingungen, die die Sozialisten ihm auferlegen würden, um ihre Unterstützung zu erlangen, nicht annehmen könne, weil er sie nicht mit der Auffassung, die er von der Rolle des Ministerpräsidenten habe, für vereinbar halte. Die Agence Havas berichtet, daß die sozialistische Kammerfraktion Briand bereits heute nachmittag den Entschluß des Nationalrats der Partei mitgeteilt habe. Der Wortlaut dieser Antwort lautet: Der Nationalrat der sozialistischen Kammerfraktion, von dem Angebot des Abg. Briand unterrichtet, dankt diesem hierfür, glaubt aber, daß es nicht möglich ist, dieses Angebot anzunehmen.

In der heute nachmittag fortgesetzten Tagung des Nationalrates der sozialistischen Partei erklärte Leon Blum, Kammerpräsident Painlevé habe bei den Verhandlungen mit der Delegation des Nationalrates von der Partei keine Mitarbeit der Partei, sondern nur die Fortsetzung der Unterstützungspolitik verlangt. Da Ereignisse eintreten könnten welche eine neue Haltung der Partei notwendig machen, könne man sich durch keinen Text binden und müsse dem Vorstand der Partei und der Kammerfraktion die Handlungsfreiheit offen lassen. Marquet brachte eine Tagesordnung ein, welche die sofortige Weiterführung der Unterstützungspolitik empfiehlt und die Möglichkeit einer Beteiligung am Ministerium der Entscheidung des Parteivorstandes und der Kammerfraktion überläßt. Leon Blum hat, von dieser Tagesordnung Abstand zu nehmen. Nach weiterer Debatte wurde eine Tagesordnung angenommen, in welcher der Nationalrat erklärt, daß das Aktionsprogramm, das sich nach der Wahl vom 11. Mai ergeben habe, in Kraft bleiben müsse, und daß die Partei entschlossen sei, jede Regierung zu unterstützen, die das Werk Herriots fortsetzt. Der Nationalrat beauftragte die Parlamentsgruppe und den Vorstand in Verbindung mit dem allgemeinen Arbeiterverband die Ereignisse aufmerksam zu verfolgen.

Kammerpräsident Painlevé verhandelte heute vormittag zuerst mit Leon Blum, dann mit den Abgeordneten Renaudel, Andree Hesse, Victor Boret und Emil Boret sowie den Senatoren Schrameck und Chaumet.

Nach einer Mitteilung von Havas hat Painlevé nicht, wie es seine Absicht gewesen sei, sich heute vor-

mittag mit Caillaux persönlich besprechen können, da dieser sich seit mehreren Tagen außerhalb von Paris aufhält. Painlevé habe sich darauf beschränkt, mit Caillaux telephonisch zu verhandeln.

Kammerpräsident Painlevé hat um 4 Uhr dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß er die Bildung eines Kabinetts übernehmen werde. Den Vertretern der Presse erklärte Painlevé, daß er nicht vor heute abend um 10 Uhr im Elysee erscheinen werde, um über das Ergebnis seiner Bemühungen Bericht zu erstatten. Er werde jedoch dann jedenfalls in der Lage sein, die Zusammenfassung des zukünftigen Ministeriums bekanntzugeben.

Paris, 15. April. Caillaux ist um 8 1/2 Uhr abends im Gebäude des Kammerpräsidenten Painlevé angekommen und sofort vom Kammerpräsidenten Painlevé empfangen worden. Um 10 Uhr verließ Caillaux das Palais des Kammerpräsidenten wieder. Er erklärte Journalisten, er werde heute abend nochmals eine Unterredung mit Painlevé haben. Nach 10 Uhr begab sich Painlevé zum Präsidenten der Republik. Vorher erklärte er Journalisten, er glaube, daß das Kabinett nicht vor morgen nachmittag oder abend gebildet werde.

„Dubre“ nennt die Ministerliste wie folgt: Ministerpräsident und Kriegsminister: Painlevé, Außenministerium: Briand, Justizministerium: Renee Renoult, Finanzen: de Monzie, Inneres: Chautemps, Marineministerium: Dumesnil, Handel: Douceur, Kolonien: Arsimbaud, Landwirtschaft: Quauille, Wiederaufbau: Dalbès, Öffentliche Arbeiten: Raftieu, Pensionen: Unterleu, Arbeitsministerium: Laval, Öffentlicher Unterricht: Chaumet. — Das Blatt sagt nicht, ob die Liste offiziell ist.

Painlevé ist nicht nur Politiker, sondern auch Gelehrter von internationalem Ruf, Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Professor der Sorbonne. Seine bedeutendsten Schriften, die auch ins Deutsche übertragen wurden, sind: „Differential-Gleichungen“ und „Probleme der Luftschiffahrt“. Seine politische Laufbahn begann im Kabinett Briand als Unterrichtsminister. Das Kabinett Ribot zählte ihn als Kriegsminister. 1924 wurde er Präsident der Deputiertenkammer, nachdem er vorher in der Wahl zum Präsidenten der Republik gegen Doumergue unterlegen war.

Gültigkeit des heute angenommenen Gesetzes am 15. Juli ihr Ende erreicht. Das Gesetz wird an den Senat überwiesen werden, der, wie man vermutet, es in einer Nachbesserung beraten wird, damit es morgen im „Journal Officiel“ veröffentlicht werden kann.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete in Krefeld.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete weilte anlässlich einer Informationsreise durch die besetzten Rheinlande gestern in Krefeld. In seiner Begleitung befanden sich Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden. Gegen Mittag fand im großen Rathausaal eine Besprechung statt, an welcher die Stadtverwaltung, die Stadtverordneten, Vertreter der Handelskammer, des Handwerks, sowie Vertreter der Gewerkschaften, der Presse und die hiesigen Abgeordneten des Reichs-, Land- und Provinziallandtages teilnahmen. Die Besprechungen hatten vertraulichen Charakter.

Empfang bei Hindenburg.

Am Sonntag abend findet in Hannover ein Empfang statt, zu dem der Reichsblock Vertreter der ausländischen und inländischen Presse und Vertreter der Wahlkreisausschüsse in größerem Umfang einladen wird. Auf diesem Empfangsabend wird Generalfeldmarschall v. Hindenburg eine politische Rede halten.

Ägyptisch-tripolitanische Grenzregulierung.

Wie die Zeitung „Stassah“ meldet, hat am 13. April der italienische Außenminister der Ägyptischen Regierung die Forderung der italienischen Regierung mitgeteilt, die ägyptisch-tripolitanische Grenze entsprechend dem „Miner Scialoja-Abkommen“ zu regulieren. Das Kabinett, das am 13. und 14. April zusammentrat, erörterte diese Forderung, die die ägyptischen politischen Kreise in großes Erstaunen setzt und die Fortsetzung der Verhandlungen, die zu einer freundlichen Lösung der Frage führen könnten, unmöglich macht.

Die Wirtschaftslage Deutschlands.

Ausführungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages brachte gestern der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus längere Ausführungen über die Wirtschaftslage Deutschlands. Er sagte u. a.: Die Aufrechterhaltung der beruhigten Währungsituation könne auf die Dauer nur durch eine Gesundung der Wirtschaft selbst gesichert werden. Bei Schwierigkeiten ständen dem Fortkommen unserer Wirtschaft Kapitalnot. Erst mit dem Wegfallen der einseitigen Weisbegünstigung am 10. Januar 1925 sei eine Dreiecke in die handelspolitische Wockade gelegt und Maßnahmen ermöglicht worden, der deutschen Wirtschaft den Weltmarkt allmählich wieder zu eröffnen. Die neue Handelsposition zwinge zu einer gemeinsamen Intensivierung des europäischen Marktes. Die neue Zolltarifvorlage werde als Verhandlungsinstrument dienen können, um den neuen Abschließungstendenzen europäischer Staaten entgegenzutreten. Vor allen Dingen müsse Deutschland an dem Grundsatz der gegenseitigen Weisbegünstigung festhalten. Durch Handelsverträge und Vereinbarungen auf dem Reparationsgebiete ließen sich jedoch nur die äußeren Schranken der wirtschaftlichen Weisbegünstigung Deutschlands beseitigen. Für unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt müßten auch innere wirtschaftliche Voraussetzungen geschaffen werden. Die verlorenen Absatzgebiete könnten heute nicht mehr durch billige Konsumwaren sondern nur mit höchsten Qualitätswaren wiedergewonnen werden. Die Qualitätsarbeit sei jedoch abhängig von der Erhaltung und Ergänzung unseres Facharbeiterstandes. Deshalb sei das Ministerium für eine Vergrößerung der Wohnspanne zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern eingetreten. Zur Sicherung hochqualifizierter Facharbeiter werde die Reichsregierung demnächst den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes vorlegen.

Die zweite Voraussetzung zur Wiedergewinnung eines bleibenden Absatzes im Ausland sei die Verbesserung des Inhaltes und der Innehaltung unserer Steuerungsbedingungen. Dann sprach der Minister über das Problem der Kapitalneubildung. Unsere gesamte Wirtschaftspolitik müsse einheitlich auf die zweckmäßigste Ausnutzung der Reparationsatempause, die uns das Dawesabkommen gewährt, eingestellt sein. Es sei natürlich, daß sich die innere Kapitalbildung nur langsam vollziehe. Für die nächste Zeit sei Deutschland noch in erheblichem Umfang auf das Hereinströmen ausländischen Kapitals angewiesen. Um dieses Kapital zur Anlage in Deutschland anzuregen, den inneren Sparbetrieb jedoch nicht erliegen zu lassen müßte der Reichsbankdiskont und die Privatbankzinsen für das erste noch höher als im Ausland stehen.

Die Passivität unserer Handelsbilanz mit rund vier Milliarden seit dem 1. Januar 1924 und die Steigerung des Devisenfonds der Reichsbank um 1,3 bis 1,5 Milliarden biete einen schematischen Anhaltspunkt für die Höhe der neu und wieder hereingeströmten Auslandsdevisen. Die Steigerung der deutschen Einfuhr sei eine notwendige Folge des Hereinströmens fremden Kapitals. Daran liege also, was die öffentliche Meinung oft verkenne, an und für sich noch nichts Bedenkliches. Die Bedenken beginnen erst bei der Frage, was für Einfuhr mit den zur Verfügung stehenden Devisen getätigt sei, und ob diese um die extremen Möglichkeiten zu erweitern, dazu diene, die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu steigern, wie z. B. die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten sowie von gewissen Produktionsmitteln oder ob es sich um die Einfuhr bloßer Konsum- und Luxusgüter handle. In der Verwendung dieser Auslandsdevisen sei nach den Ergebnissen der Handelsbilanz die erforderliche Wirtschaftlichkeit nicht erreicht. Man frage sich auch vergebens, wie die Kreditnehmer sich die spätere Abdeckung dieser Kredite, insbesondere soweit sie kurzfristig gegeben sind, in dem Falle vorstellen, daß das Ausland einmal aus irgendwelchen Gründen, etwa infolge starker eigener Konjunkturen, diese Kredite plötzlich zurückrufe. Schwierigkeiten für die Währung entstünden bei dem augenblicklichen Devisenfonds der Reichsbank nicht. Woher aber wolle der einzelne Betrieb die Mittel nehmen, um diese Devisen zur Abdeckung seiner Verbindlichkeiten zu kaufen? Das sei eine leider oft übersehene Frage. Mit einer inneren Kreditgewährung dürfe er in einem solchen Augenblick nicht rechnen, da die Reichsbank ihre Mittel zum Schutze der Währung zusammenhalten müsse. Hier bestohe für die einzelnen Betriebe eine ernsthafte Frage, auf die das Reichswirtschaftsministerium in einem Rundschreiben an die Verbände und Organisationen mit großem Nachdruck aufmerksam gemacht habe.

Zum Schluß seiner Ausführungen wies der Reichswirtschaftsminister bei unserer inneren wirtschaftlichen

Herriots Gesetzentwurf angenommen.

Paris, 15. April. Der Präsident der Republik hat gestern abend den zurückgetretenen Finanzminister de Monzie sowie den Gouverneur der Bank von Frankreich empfangen. Wie Havas berichtet, bezog sich die Unterredung auf die Ratifizierung des mit der Bank von Frankreich getroffenen Abkommens über die Erhöhung des Notenumlaufes, die das zurückgetretene Kabinett Herriot heute vom Parlament verlangen wird. Die

Finanzkommission der Kammer

ist heute um 2 1/2 Uhr unter Vorsitz des Abgeordneten Vincent Auriant zusammengetreten, um den Vorschlag des Finanzministers bezüglich der Ratifizierung der am 7. April mit der Bank von Frankreich getroffenen Abmachung zu beraten, durch die der Notenumlauf gesetzlich um 4 Milliarden Franken erhöht werden soll. Finanzminister de Monzie hat die Kommission gebeten, den Gesetzentwurf als dringend zu behandeln und zu verabschieden.

Die Kammer

hat um 4 Uhr 45 Minuten die Besprechung des Gesetzentwurfes der Regierung Herriot bet. die Erhöhung des Notenumlaufes um 4 Milliarden Franken begonnen. Der Abgeordnete Varenne erklärte, da keine konstitutionelle Regierung vorhanden sei, sei es unmöglich, daß die Regierung Herriot in einer so ernsten Frage einen Gesetzentwurf einbringe. So sei sie z. B. nicht imstande, die Vertrauensfrage zu stellen, da sie durch den Senat gestützt worden sei. Nach der Besprechung dieser von der Opposition gestellten Vorfrage, die darauf abzielt, die Ratifizierung des Abkommens, das de Monzie mit der Bank von Frankreich getroffen hat, zu vertagen, nimmt die Kammer ab und lehnt einen Antrag Marin mit 338:164 Stimmen ab. Hierauf wird in die Besprechung des Gesetzentwurfes, der die Billigung des Finanzauschusses gefunden hat, eingetreten. Bei der Abstimmung nahm die Kammer mit 329 gegen 27 kommunistische Stimmen den Gesetzentwurf über die Erhöhung des Notenumlaufes auf 45 Milliarden Franken und die Erhöhung des Notenumlaufes der Bank von Frankreich an den Staat von 22 auf 26 Milliarden an. Die Opposition hat sich der Abstimmung enthalten. Die Kammer hat ferner einen sozialistischen Abänderungsantrag angenommen, durch welchen die

tiner Hof
Wettinerstr.
Spiele-Restaurant
Spielekarte
Freitag, Sonnabend
und Sonntag
Bratwurst.
in der Rostbrater
ab 6 Uhr abends.
en Firniss
ke Pinsel
mpfecht
Helmer
n-Drogerie.
nd Matragen
ut aufgespöfirt.
l-Schmidt
Telephon 567.
Bitte ich alle die-
tionen, die den
auf dem
Schulplatz
en, sich zu melden
enner,
t, Mittelstr. 22.
Solzfnebel
benbänder?
mit Preisangabe
1978 an das Auer
er
es
es stillen
erühmten
glied der
Gesetz
n.
e
y Akten.
2 Uhr.
ung.
a
heim!
tität
ser
blüselfertig,
twilligst.
A. botze
Tel. 60081.
eur
er
ert Aue.
Buch
Bage ist,
ausführen.
ausprägen
Ue b. BL